Die "Solidarität der Notwehr"

BISMARCK an LUDWIG II. von Bayern: Die „Solidarität der Notwehr“ (12. 8. 1878):

„Das Anwachsen der socialdemokratischen Gefahr, die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsre größeren Städte bewohnen, die Versagung der Unterstützung gegen diese Gefahr von Seiten der Mehrheit des Reichstags drängt schließlich den deutschen Fürsten, Ihren Regierungen und allen Anhängern der staatlichen Ordnung eine Solidarität der Nothwehr auf, welcher die Demagogie der Redner und der Presse nicht gewachsen sein wird, so lange die Regirungen einig und entschlossen bleiben, wie sie es gegenwärtig sind. Der Zweck des Deutschen Reiches Ist der Rechtsschutz; die parlamentarische Thätigkeit Ist bei Stiftung des bestehenden Bundes der Fürsten und Städte als ein Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes, aber nicht als Selbstzweck aufgefasst worden. Ich hoffe, dass das Verhalten des Reichstages die verbündeten Regirungen der Nothwendigkeit überheben wird, die Consequenzen dieser Rechtslage jemals practisch zu ziehen. Aber ich bin nicht gewiss, dass die Mehrheit des jetzt gewählten Reichstages schon der richtige Ausdruck der zweifellos loyal und monarchisch gesinnten Mehrheit der deutschen Wähler sein werde.“

Der deutsche Historiker STÜRMER äußert sich über die Staatsstreichgedanken im Bismarckreich:

„Die Logik des deutschen Reichskonstitutionalismus zwang den Reichstag im Zeitalter Bismarcks, mit der Drohung des Säbelregiments zu leben. Wesentlich ist dabei nicht so sehr, dass in der innenpolitischen Krisis des Jahres 1878 Staatsstreichpläne von mehr oder weniger weittragender Bedeutung eine erhebliche Rolle spielten, sondern dass seitdem mit der Staatsstreichdrohung gegen die bürgerlich-parlamentarische Opposition in Reichstag und Bundesrat Politik gemacht wurde. Die Drohung mit der Verfassungsrevision von oben gehörte zu den verdeckten, aber um so wirksameren Bestandteilen der konstitutionellen Verfassung. Sie bildete die Antwort auf die ungelösten Widersprüche des deutschen Verfassungssystems. [...] Wie schon im preußischen Verfassungskonflikt einen rechtliche Dauerlösung im Sinne des „monarchischen Prinzips“ nicht möglich war, ohne das Verfassungssystem zum Scheinkonstitutionalismus reaktionärer Prägung zu degenerieren, erwies sich auch im Bismarckreich der Gegensatz von monarchischer Gewalt und parlamentarischem Gesetzgebungsrecht als der Grundkonflikt des Verfassungssystems, für dessen Aufhebung es letztlich nur den konservativ-dynastischen Staatsstreich mit plebiszitärem Rückhalt oder den Übergang zur parlamentarischen Monarchie gab. [...] Der Konstitutionalismus als ein Kompromissgebilde stieß hier an seine innere Grenze. Wenn es auch zum Staatsstreich in der plastischen Bedeutung des Wortes in dem halben Jahrhundert von Königgrätz bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs nicht kam, so bedeutete doch die Staatsstreichdrohung den dauernden Versuch, der Eigendynamik der parlamentarischen Komponente einen Damm entgegenzustellen. Es war das Dilemma des deutschen Konstitutionalismus, dass er durch die Klassenstruktur der preußischen Reaktionszeit geprägt war und seine soziale Basis nicht verbreitern konnte, ohne sich selbst preiszugeben. In dieser Lage bedeutete die Staatsstreichdrohung den verzweifelten Versuch, die unaufhaltsam sich verbreiternde Kluft zwischen gesellschaftlicher und politischer Verfassung zu schließen.“

Und der Historiker WOLFGANG SAUER sagt BISMARCKS innenpolitischer Kampfkurs:

„Die Reichsgründung war wahrhaftig nicht einfach gewesen, aber die Art, in der sie durchgeführt worden war, bedeutete doch, dass alle wesentlichen Probleme außer der rein äußerlich-organisatorischen Einheit auf die Zukunft verschoben worden waren. Der nationale Einheitsstaat war errichtet, die nationale Einigung stand noch bevor. Das preußische Verfassungsproblem, durch die Einheitskriege nur sistiert, nicht gelöst, trat jetzt im Frieden wieder hervor, variiert und verschärft durch den Hinzutritt der gesamtdeutschen Probleme und durch den beginnenden Übergang zur industriellen Massengesellschaft, der sich in Deutschland nach 1871 vollzog. Eine Lösung war um so schwieriger, als die außenpolitische Lage des neuen Großstaates die Wiederholung des Experiments von 1864/66: Ausweichen in Risikopolitik nach außen, strikt verbot. [...] Bismarck hatte dem mit großer Konsequenz und Entschiedenheit Rechnung getragen. Er hatte auch nach außen eine unerschütterliche Befriedungspolitik betrieben, die allmählich ein wachsendes Vertrauen erzeugte und die Existenz des neuen, auf so revolutionäre Weise entstandenen Staates außenpolitisch sicherte. Um so mehr hat man sich gewundert, warum er nicht auch im Innern in gleicher Weise verfahren ist und stattdessen einen ausgesprochenen Kampfkurs eingeschlagen hat und bereits 1872 mit dem Kulturkampf begann und 1878 fast ohne Pause in den Kampf gegen die Sozialdemokratie überging. Betrachtet man jedoch Bismarcks Situation in allen ihren Konsequenzen, so drängt sich einem der Gedanke auf, dass dieser innenpolitische Kampfkurs so etwas wie ein Ersatz für die undurchführbare Risikopolitik nach außen gewesen ist. Das könnte zunächst als ein widersinniger Gedanke erscheinen. Die Funktion der Risikopolitik im Bismarckschen System von 1864 bis 1871 war es gewesen, die innere Krise durch Ableitung nach außen wenn nicht zu überwinden, so doch zu neutralisieren und die Spannungen wenigstens zeitweise zu dämpfen. Wie konnte man aber eine Dämpfung der inneren Spannungen erwarten, wenn man sie durch einen innenpolitischen Kampfkurs verschärfte? Oder anders ausgedrückt: Wie konnten innere Konflikte integrierend wirken? Das Paradoxon lässt sich indessen auflösen, allerdings nur unter Berücksichtigung des Bismarckschen Genies. Falls nämlich der Konflikt mehrseitig ist, das heißt nicht nur eine, sondern zwei und mehrere Fronten bestehen (und das war im kaiserlichen Deutschland der Fall), so lässt sich unter Umständen die Mehrheit der widerstreitenden Kräfte unter einer Fahne sammeln und gegen die Minderheit führen, vorausgesetzt, dass diese stark genug ist, um als ernsthafte Gefahr für alle übrigen zu erscheinen, und doch zu schwach, um es wirklich zu sein. Auf diese Weise sieht sich die Mehrheit einem freilich fragwürdigen Integrationsprozess ausgesetzt, und selbst die Minderheit unterliegt einer Art sekundärer Integration; denn obwohl bekämpft, wird sie doch gezwungen, im Gesamtverband auszuhalten.

[Es folgt ein Vergleich mit der spartanischen Gesellschaft und der politischen Organisation des Stadtstaates.]

Ein ähnliches, wenn auch dem Grade nach erheblich abgeschwächtes Bild bot die Gesellschaft des Bismarckschen Reiches mit ihren ständigen Kämpfen gegen alle möglichen Arten von "Reichsfeinden": Klerikale, Welfen, Polen, Sozialdemokraten; in der einem Besatzungsregime ähnlichen Regelung in Elsass-Lothringen war ansatzweise auch die Struktur des Erobererstaates entwickelt. Dass in der hochzivilisierten Gesellschaft des 19. Jahrhunderts ein so unzeitgemäßes System errichtet wurde, beruhte allerdings weniger auf durchdachter Planung und militaristischer Gesinnung - obwohl man hier weder das preußische Erbe noch Bismarcks kämpferische Leidenschaft übersehen darf -, es war viel mehr die unvermeidliche, aber erst allmählich deutlicher hervortretende Konsequenz der Tatsache, dass Bismarck der einzigen Alternative ausweichen wollte, die seit dem preußischen Verfassungskonflikt für die Lösung des Verfassungsproblems in Deutschland bestand: Parlamentarische Monarchie oder konservativ-dynastischer Staatsstreich. Bismarcks Ziel war die Stabilisierung der konservativen Vorherrschaft für die Dauer. Um der konservativen Vorherrschaft willen konnte er die Einführung der parlamentarischen Monarchie nach englischem Vorbild nicht zulassen, denn das hätte die Majorisierung der alten Elite, insbesondere des ostelbischen Adels, durch Bürgertum und Arbeiterschaft und eine fortschreitende Entmachtung der Krone bedeutet. Um der Dauer willen musste er aber auch Staatsstreich-Plänen MANTEUFFELScher Prägung entgegenzutreten; denn sie hätten die Stellung der Krone allein auf die Gewalt gegründet und die überwältigende Mehrheit der Nation unter ein Polizeiregime gestellt, das keine Dauer versprach. So wählte Bismarck eine Zwischenlösung, die darauf zielte, die Front der Gegner einer konservativen Dauerherrschaft zu spalten: Einer von ihnen wurde jeweils zum "Reichsfeind" erklärt und unter Polizeiregiment gestellt und dadurch eine Gefahrensituation simuliert, deren geschickte Ausnutzung es Bismarck erlaubte, mit den anderen rein taktische Bündnisse zu schließen, die weder ihn noch seine Kontrahenten in den Grundsatzfragen banden. Die Lösung war in ihrer Weise genial, aber nur wenig dauerhafter als der Staatsstreich. Zunächst war sie unlöslich mit der Person Bismarcks verbunden. Es bedarf keines Hinweises, dass nur ein Politiker mit der taktischen Meisterschaft Bismarcks ein solches System zu handhaben verstand. Seine überragende Persönlichkeit stellte daher buchstäblich eine Institution der Verfassung dar, eine Macht sui generis, deren Entfernung das System der innenpolitischen Machtverteilung gründlich in Verwirrung bringen musste.“